

Am 19. Februar ist der rassistische Anschlag in Hanau ein Jahr her.

Wir klagen an und fordern Taten statt Worte: Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen!

Wir trauern und erinnern uns. An Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hassemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz und Gökhan Gültekin.

Am Jahrestag wird es in Hanau auch eine offizielle Gedenkveranstaltung mit dem Bundespräsidenten und dem hessischen Ministerpräsidenten geben. Wir werden viele anteilnehmende Worte hören, Betroffenheit und Verurteilungen der Tat. Was wir nicht hören werden, sind Antworten auf unsere vielen Fragen. Was wir nicht hören werden, sind Konsequenzen, damit sich das, was passiert ist, nicht wiederholt. Wir brauchen Taten statt Worte.

Ein Jahr danach sagen wir selbst, was nicht gesagt werden wird: Wir sprechen über das Versagen der Behörden vor, während und nach der Tat, über die Schwerfälligkeit der Ämter bei der Unterstützung und Hilfe, und selbst beim Erkennen gravierendster Probleme – die Kälte der Bürokratie. Wir sprechen über das unverzeihliche Fehlverhalten der Sicherheitskräfte in der Tatnacht, über die Unwilligkeit und Schludrigkeit von Staatsanwaltschaft und Polizei bei den Ermittlungen, bei der Verfolgung von Spuren, bei dem Ernstnehmen neuer Bedrohungslagen, bei unserem Schutz. Wir sprechen über die wiederkehrenden Respektlosigkeiten und herabwürdigenden Gesten von Beamt:innen, Vertreter:innen von Behörden und Polizei gegenüber Angehörigen und Überlebenden und selbst gegenüber den Toten. Wir sprechen über den Nor-

malzustand von institutionellem Rassismus.

Ein Jahr danach bedeutet für uns, wir klagen an. Am 14.2. werden wir sprechen und in einer gestreamten Veranstaltung die Kette des Versagens nachzeichnen, die Bedingungen des Terrors benennen und den andauernden rassistischen Normalzustand anklagen. Wir werden die Veranstaltung aufnehmen und übertragen. Wir laden alle ein, uns am 14.2., wenige Tage vor dem Jahrestag, zuzuhören wenn wir unsere Anklage vortragen. Wir werden Sequenzen unserer Anklage als Audio-Aufnahmen zur Verfügung stellen für alle Orte und Städte an denen ihr am 19. Februar sein werdet.

Wir wünschen uns nicht nur Beistand in der Trauer. Wir wollen mit euch gemeinsamen Druck entwickeln, um unsere Forderungen durchzusetzen. Eine bittere Erkenntnis des letzten Jahres ist, dass all das was in Bewegung geriet, nur durch uns alle gemeinsam in Bewegung gesetzt worden ist.

Deswegen fordern wir Euch für den 19. Februar dazu auf, mit uns gemeinsam Zeichen zu setzen. Wegen der Pandemie können wir leider nicht mit allen zusammen kommen, so wie wir es brauchen und uns wünschen. Organisiert deshalb auf den Straßen und Plätzen eurer Städte und Dörfer Kundgebungen, Demonstrationen, Gedenkaktionen! Für politische Konsequenzen!

Die Namen der Opfer unvergessen machen. Ihre Namen sollen erinnern und mahnen, den rassistischen Normalzustand im Alltag, in den Behörden, den Sicherheitsapparaten und überall zu beenden. Der rassistische Anschlag war auch ein Ergebnis der rechten Hetze von Politiker:innen, Parteien und Medien. Behörden und Sicherheitsapparate haben ihn durch ihre strukturelle Inkompetenz und Ignoranz weder verhindert noch aufgeklärt.

Es sind diese fließenden Formen rechten Terrors, die in den Handlungen Einzelner ihre mörderische Zuspitzung und Folge finden und damit niemals Einzeltaten sind.

Schluss damit! Damit wir keine Angst mehr haben müssen, muss es politische Konsequenzen geben. Rassismus, egal in welcher Form, darf nicht mehr geduldet, verharmlost oder ignoriert werden. → S. 2

TERMINE

Die meisten Veranstaltungen finden zur Zeit online statt. Die Zugangslinks findet ihr auf unserer Webseite www.frankfurter-info.org bei den Terminen als Direktlink.

6. Februar Samstag

Mahnwache für Julian Assange

Wir setzen uns für den inhaftierten Journalisten Julian Assange ein und verlangen die sofortige Freilassung.

Free Julian Assange Frankfurt
13-15 Uhr, vor MyZeil, Zeil 106

9. Februar Dienstag

online Bäuerliche Proteste in Indien

Ein Hoffnungsschimmer für progressive Allianzen? Diskussion mit Jayati Ghosh, Kavita Krishnan & Seema Kulkarni (auf deutsch und englisch).

Seit über zwei Monaten blockieren Millionen Bäuer*innen die indische Hauptstadt Neu-Delhi. Durch die von der Regierung verabschiedeten Gesetze zur Liberalisierung des Landwirtschaftssektors fürchten die Protestierenden die Zerstörung ihrer ohnehin schon prekären Lebensgrundlage. Die Vorträge werden in englischer Sprache auf Facebook übertragen. Nach dem Vortrag findet eine Diskussion auf Zoom statt. Für den Vortrag und die Diskussion gibt es eine deutschsprachige Simultanübersetzung. Rosa Luxemburg Stiftung
16-17:30 Uhr, online

online Zum Zusammenhang von Erinnerungskultur und Erinnerungsabwehr

Podiumsdiskussion. Erinnerungskultur in Deutschland ist vielfältig und ein Zeugnis jahrzehntelanger zivilgesellschaftlicher Kämpfe. Seit der Wiedervereinigung haben sich Gedenkveranstaltungen und Erinnerungsorte zu einem staatstragenden Kulturgut entwickelt. Vor diesem Hintergrund möchten wir folgende Fragen diskutieren: Wer erinnert in Deutschland an wen und warum? Und wessen Perspektiven werden verdrängt? Welche Bedeutung hat Erinnerungskultur in Zeiten, in denen Geschichtsrevisionismus eine parlamentarische Vertretung im Bundestag findet? Spiegelbild
19 Uhr, Live auf YouTube

Frankfurt: 1 Jahr nach Hanau

Kundgebung & Demonstration:

Kein Vergessen, kein Vergessen! Gemeinsam gegen Rassismus!

Wir wollen den Jahrestag zum Anlass nehmen, um auf die Straße zu gehen & an die Opfer zu erinnern, auf dass sie niemals in Vergessenheit geraten mögen. Aber auch um klar zu sagen: Es reicht!

Freitag, 19. Februar 2021, 17 Uhr

Friedensbrücke

TERMINE

10. Februar **Mittwoch**

***online* Die NATO, Osteuropa und die Rolle der Bundeswehr**

Mit Martin Kirsch (Informationsstelle Militarisierung e.V.)

Nach über einem Jahrzehnt der Fokussierung auf den globalen Krieg gegen den Terror wendet sich die NATO seit 2014 wieder verstärkt in Richtung Osteuropa. Die Erhöhung der Truppenpräsenz zwischen Baltikum und Schwarzem Meer und schnell mobilisierbare Eingreiftruppen in Europa sind nur Teile der Aufrüstungsbestrebungen, die maßgeblich auf Vorschläge aus Berlin zurückgehen. Neben den Plänen der NATO soll in diesem Vortrag daher auch die Rolle der Bundesregierung der Bundeswehr thematisiert werden.
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
19-21 Uhr, Live auf Facebook

***online* Grundrechte in Zeiten von Corona**

Demokratie im Ausnahmezustand und in der „neuen Normalität“. Mit Rolf Gössner, Rechtsanwalt und Publizist.

Sich an bestimmte Regeln zu halten, um seine Mitmenschen und sich selbst so gut wie möglich zu schützen, ist angesichts der Corona-Epidemie und ihrer Gefahren absolut sinnvoll. Dennoch sollten wir die rigorosen Abwehrmaßnahmen kritisch hinterfragen und auf ihre Verhältnis- und Verfassungsmäßigkeit überprüfen, zumal die einschneidenden Corona-Abwehrmaßnahmen unstrittig auf Basis einer ungesicherten wissenschaftlichen Datenlage und widersprüchlicher Begründungen verhängt worden sind.

Anmeldung erforderlich: Bitte mit vollständigem Namen per Email an: post@rls-nrw.de. Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen
19:30 Uhr, Live auf Zoom

11. Februar **Donnerstag**

***online* Critical Whiteness**

Was hat Rassismus mit mir zu tun und wie gehe ich damit um? Workshop mit Hamed Abbaspur (Trainer und Prozessbegleiter für Nachhaltige Entwicklung, Diversität und Transformation).

Dieser praxisorientierte Workshop beleuchtet nicht nur den offensichtlichen Rassismus, sondern beschäftigt sich mit den Auswirkungen von strukturellem Rassismus und soll besonders „weiß“ sozialisierte Menschen dazu anregen, ihre alltäglichen Arbeitsnormen, Leitbilder, Denkmuster und Privilegien im Umgang miteinander zu hinterfragen.

Anmeldung erforderlich:
<http://www.tinyurl.com/bimaraworkshop>
Bildung - Macht - Rassismus
17:30-21 Uhr, online

Fortsetzung v. Seite 1: Am 19. Februar ...

Wir sind die Angehörigen, die Überlebenden, die Betroffenen. Wir haben dafür gesorgt, dass die Namen der Opfer bekannt sind – und nicht der des Täters. Wir waren unbequem und haben selbst recherchiert. Wir wurden vom Bundespräsidenten empfangen und von vielen anderen in Behörden und Gremien beschwichtigt. Wir wurden hingehalten. Wir haben nicht geschwiegen. Wir sind gereist, haben Treffen abgehalten, große und kleine, öffentliche und hinter

verschlossenen Türen. Wir haben Öffentlichkeit geschaffen. Wir haben gelitten und uns gegenseitig getröstet, beruhigt und gestärkt. Wir sind sichtbar und unsere Stimmen sind überall zu hören. Wir sind vernetzt mit allen, die wissen und begreifen, dass Rassismus das Problem ist. Wir sind Berlin-Neukölln, Halle, Köln, Nürnberg, Mölln, Kassel, Wächtersbach.

Wir stehen zusammen und kämpfen gemeinsam. Gegen die Angst. Für das Leben. Erinnern heißt verändern!

Initiative 19. Februar Hanau

Ein Urteil, das nicht zufriedenstellen kann

Stellungnahme der VVN-BdA zum Lübcke-Mord-Prozess

Am 28. Januar 2021 wurde der nordhessische Neofaschist Stephan Ernst wegen des Mordes am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke im Juni 2019 vom OLG Frankfurter zu lebenslanger Haft verurteilt. Jedoch können dieser Prozess und das Urteil nicht zufriedenstellen. Dafür gibt es mehrere Gründe:

In diesem Verfahren wurden die politischen Hintergründe, die mit dem Mord verbunden neofaschistischen Netzwerke in Nordhessen und darüber hinaus sowie die Eingebundenheit des Täters in AfD bis „Sturm 18“ systematisch ausgeblendet.

Ein weiterer rassistischer Mordversuch an dem Iraker Ahmed I. im Jahre 2016 wurde seitens des Gerichts mit einer solchen Ignoranz behandelt, dass Stephan Ernst von diesem Anklagepunkt freigesprochen wurde.

Ein weiterer Skandal ist jedoch der Freispruch des militanten Neonazis Markus Hartmann, der über viele Jahre gemeinsam

mit Stephan Ernst in der gewalttätigen Neonaziszene aktiv war und durch die Veröffentlichung eines Videos Dr. Lübcke zum Ziel neofaschistischer Gewalt gemacht hat, sowie mit Ernst verschiedene Aktionen vorbereitet und umgesetzt hat, vom Vorwurf der „Beihilfe zum Mord“. Das Gericht verurteilte ihn lediglich wegen illegalem Waffenbesitz zu einer banalen Strafe – auf Bewährung. Hartmann verlässt damit das Gericht als freier Mann und kann seine neofaschistische Karriere „unbelastet“ fortsetzen.

Die VVN-BdA sieht nach diesem Urteil und seiner Begründung noch erheblichen Klärungsbedarf, was auch die Rolle der hessischen Sicherheitsorgane betrifft. Der Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags muss hierzu klare Erkenntnisse vorlegen, wenn die Aufarbeitung des neofaschistischen Mordes an Dr. Walter Lübcke nicht ins Leere laufen soll.

VVN-BdA, Kassel, 28. Januar 2021

Hessisches Sozialforum stellt Forderungen zur Kommunalwahl vor:

„Zukunft für Alle! gerecht – ökologisch – sozial“

Am Samstag, 30. Januar 2021 fand das 15. Hessische Sozialforum mit 480 Teilnehmer:innen im Haus am Dom statt.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass gerade die Pandemie nicht alle gleich trifft, sondern die Spaltungen und Ungleichheiten in Hessen dramatisch verschärft. Beim Hessischen Sozialforum diskutierten Vertreter:innen von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Klima-Initiativen und verschiedener Initiativen wie soziale und ökologische Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe in den Kommunen hergestellt werden kann.

In Impulsreferaten wurden sowohl eine sozial-ökologische Utopie als auch die derzeitige Armutssituation und ihre mögliche Bekämpfung durch die Kommunen dargestellt. Schwerpunkte waren dabei Forderungen nach Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und einer ökologischen Verkehrswende.

Sechs Wochen vor der Kommunalwahl wurden klare politische Forderungen für die zukünftige Politik in Hessen formuliert:

1. Armut bekämpfen, soziale Infrastruktur ausbauen und Folgen der Pandemie kompensieren
 2. Flächendeckend gute medizinische Beratung und Versorgung
 3. Digitale Infrastruktur stärken
 4. Bildung stärken, Kindertagesstätten und Schulen besser ausstatten
 5. Kommunen brauchen „Gute Arbeit“
 6. Offensive einer kommunalen Beschäftigungspolitik
 7. Wohnen ist ein Menschenrecht und kein Spekulationsobjekt
 8. Kulturförderung muss wieder zentrale Aufgabe der Kommunen werden
 9. Für Gleichheit und Gerechtigkeit - Gegen Rassismus und Rechtsextremismus
 10. Kommunen in Hessen - konsequent nachhaltig, zukunftsfähig und barrierefrei
- Diese Forderungen sollen an die hessischen Parteien, kommunalen Spitzenverbände und Kommunen versandt und zur Umsetzung empfohlen werden.

Bündnis Hessisches Sozialforum



Gesellschaft im Corona-Kapitalismus – Wie wollen wir arbeiten und leben?

Veranstaltungsreihe von DGB Frankfurt, IG Metall Frankfurt, ver.di Frankfurt und Haus am Dom

„Die Pandemie schafft neue Perspektiven für eine sozialere Wirtschaft und Gesellschaft“, so war während des ersten Lock-Down immer wieder zu vernehmen – das Motto: Innehalten und Verändern! Innegehalten haben wir genug, jetzt stellt sich die Frage: Was müssen wir eigentlich verändern, damit es gerechter, sozial- und umweltverträglicher zugeht in unserer Gesellschaft?

Nach gut einem Jahr Covid19-Pandemie blicken wir nach vorn und fragen danach, wie wir zukünftig arbeiten, leben und wirtschaften wollen. Es darf und kann nicht darum gehen, einem „Weiter wie zuvor!“ das Wort zu reden. Kirchen und Gewerkschaften in der Pflicht für innovative und nachhaltige Ansätze zu streiten, die das Leben aller zum Besseren verändern. Neoliberale Politikkonzepte und die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur haben ausgedient, wenn wir langfristig unsere Lebensgrundlagen und unsere Leben erhalten wollen – auch das hat die Covid19-Pandemie gezeigt.

Hinter uns liegen ein Jahr Gesundheitskrise mit vielen Erkrankten und auch Toten der auf dem Fuß eine ökonomische Krise gefolgt ist, die viele ihren Job und ökonomische Sicherheit gekostet hat. Auf diese Krisen wurde in verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich reagiert – abhängig von politischer Ausrichtung der Regierenden und den jeweiligen institutionellen Gegebenheiten. Doch eins ist klar: Die Covid19-Pandemie wirkt gleichermaßen als Brennglas und Beschleuniger vorhandener sozio-ökonomischer Missstände und gesellschaftlicher Transformationsprozesse.

■ 3. Februar 2021, 19 bis 21.30 Uhr Bedingungsloses Wachstum und autoritäre Ökonomie – Wirtschaften wir uns in den Ruin?

Mit:
PROF. DR. ULRICH BRAND. Politikwissenschaftler, Universität Wien.
DR. HANS-JÜRGEN URBAN. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall.

PROF. DR. UTA VON WINTERFELD. Projektleiterin „Zukünftige Energie- und Industriesysteme“ im Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie.

■ 3. März 2021, 19 bis 21.30 Uhr Immer noch da: Klimakrise – Für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik!

Mit:
HEIKO NICKEL. VCD und Umweltbündnis AKUT in Frankfurt am Main.
KLAUS OESTERLING. Verkehrsdezernent der Stadt Frankfurt am Main.
JOLANTA SKALSKA. Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG).
WINFRIED WOLF. Verkehrsexperte.

■ 23. März 2021, 19 bis 21.30 Uhr Geschlecht und Pandemie: Sorgearbeit, öffentliche Daseinsvorsorge und Arbeitszeitpolitik der Zukunft

Mit:
PROF. DR. BERNHARD EMUNDS. Sozialethiker, Leiter Nell-Breuning-Institut, PTH Sankt Georgen.
KARIN SCHWENDLER. Bereichsleiterin Frauen- und Gleichstellungspolitik, ver.di Bundesvorstand.
DR. CHRISTA WICHTERICH. Entwicklungssoziologin, Publizistin, Geschlechterforscherin.

■ 20. April 2021, 19 bis 21.30 Uhr Wer zahlt die Corona-Zeche? Pandemie und sozial-ökologische Transformation lokal und global

Mit:
ULRIKE HERRMANN, Wirtschaftsjournalistin und Autorin.
STEFAN KÖRZELL, Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbunds.
ARMIN PAASCH, Referent für Menschenrechte, Misereor.

Alle Veranstaltungen finden im Haus am Dom statt und werden gleichzeitig auf YouTube übertragen: <https://www.youtube.com/user/HausamDom?gl=DE>
Dort können sie auch nachträglich angeschaut werden.

Wenn die Corona-Situation eine persönliche Teilnahme im Saal erlaubt, können Sie über <https://www.reservix.de/frankfurt-am-main/venue/haus-am-dom/v20608> Plätze reservieren. Hierfür ist eine Gebühr von 1 Euro zu entrichten.

Veranstalter:innen
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Frankfurt am Main
IG Metall Geschäftsstelle Frankfurt am Main
Katholische Akademie Rabanus Maurus im Haus am Dom
ver.di—Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Frankfurt am Main und Region

Medienpartner:innen
Frankfurter Rundschau
hr info
Blätter für deutsche und internationale Politik

TERMINE

11. Februar Donnerstag

online Storytelling Salon

Black History Month Frankfurt 2021.
Wie jedes Jahr im Februar wird der Black History Month (BHM) in zahlreichen Ländern gefeiert und würdigt die Geschichte Schwarzer Menschen. In Frankfurt wird er von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) organisiert und findet dieses Jahr zum siebten Mal unter dem Motto „Dekolonisieren“ statt.
Im Rahmen des BHM findet auch dieses Jahr wieder der Erzähl-, Lese- und Performance- Abend statt. Die Sprecher*innen sind u.a. Itohan Osarenkhoe, Lydia Mesgina, Joanna Tischkau FrauHerr Meko, Elsa Mühlung und Elsa M'Bala. Als Stadtlaborantinnen haben sie Objekte in der aktuellen Rassismus-Ausstellung im Historischen Museum „Ich sehe was, was Du nicht siehst. Rassismus, Widerstand und Empowerment“ ausgestellt.
Modert wird der Abend von Hadija Haruna-Oelker.
Heinrich Böll Stiftung Hessen
19 Uhr, Live auf YouTube

12. bis 14. Februar

online Die (Re)konstruktion der Welt

Konferenz „Die (Re)konstruktion der Welt – Hilfe. Solidarität. Politik“ vom 12.-14. Februar 2021. Eine Konferenz nicht nur zur miserablen Lage der Welt, sondern auch und vor allem zu den Möglichkeiten ihrer (Re)konstruktion.
Das (Re) haben wir in Klammern gesetzt, weil wir wissen, dass die Welt noch nie das war, was sie werden kann und werden soll: der Ort, den zu bewohnen sich endlich lohnen wird, für uns alle.

Auf der Konferenz werden u.a. Achille Mbembe, Susan Buck-Morss, Rita Segato, Ulrike Herrmann und Sandro Mezzadra sprechen.

Eine ausführliche Einleitung, die Möglichkeit zur Anmeldung und das fortlaufend aktualisierte Programm finden Sie auf der Konferenz-Homepage: www.reconstruction-of-the-world.org

Wir bitten Sie, sich baldmöglichst anzumelden, damit wir die Kapazitäten einplanen können.

medico international
online

12. Februar Freitag

Keine Bühne für Faschisten!

Protestaktion gegen Höcke und seine Fans. Am Freitag soll der Faschist Björn Höcke am Offenbacher Rathaus im Rahmen einer Kundgebung auftreten. Wir werden dagegen protestieren. Kein Platz für Rassismus und rechte Hetze in Offenbach und anderswo! OAT Frankfurt u.a.
13 Uhr, Offenbach, Rathaus

Frankfurter Info 3 / 2021, 6. Februar 2021

Herausgeber: Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (LAGG) e.V.

Das Frankfurter Info erscheint vierzehntäglich.

Jahresabonnement: 28,50 Euro inkl. Porto

Verein LAGG, DE28 5019 0000 4302 1745 69

Frankfurter Volksbank, Verwendungszweck: Frankfurter Info

Druck und Versand: Druckwerkstatt Rödelsheim

Redaktions- und Bezugsadresse:

eMail: redaktion@frankfurter-info.org

Info-Telefon: Ulla Diekmann 069 - 26 91 06 08

Termine, Meldungen und Artikel bitte an die Redaktionsadresse.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 16. Februar 2021

Verantwortliche Redakteurin: U. Diekmann

Frankfurter Info online: www.frankfurter-info.org

TERMINE

12. Februar Freitag

***online* Black Lives Matter im Journalismus**

Black History Month 2021. Im Rahmen des diesjährigen Black History Month möchten wir der Frage nachgehen, wo die Debatten rund um die »Black Lives Matter« Bewegung angelangt sind.

Was ist insbesondere im Bereich des Journalismus seit der Ermordung George Floyds und den darauffolgenden Protesten passiert? Wie bewerten erfahrene Schwarze Journalist*innen die Diskussionen? Welche Fortschritte sehen sie? Welche Forderungen stellen sie?

Wir haben Aisha Camara, Hadija Haruna-Oelker und Malcolm Ohanwe eingeladen, um diese Fragen zu diskutieren. Alle drei haben die Ereignisse der letzten Monate kritisch verfolgt blicken jedoch aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven darauf.

Rosa-Luxemburg-Stiftung
19-21 Uhr, Live auf YouTube

14. Februar Sonntag

***online* Die Legende von den Strippenziehern**

Matinee: Historische und aktuelle Verschwörungsideologien. Mit Peter Bierl, Autor u.a. von „Einmaleins der Kapitalismuskritik“, Münster 2018.

Business Crime Control e.V. und KunstGesellschaft e.V.

11-13 Uhr, Live auf BigBlueButton

16. Februar Dienstag

***online* Der Movement Action Plan**

Aktionsplan zum Aufbau erfolgreicher Sozialer Bewegungen. Mit Gästen aus der Anti-Atom-Bewegung und Anti-Braunkohle-Bewegung.

Der Movement Action Plan (MAP) ist ein Analyse-Instrument für erfolgreiche soziale Bewegungen. Er wurde von dem US-amerikanischen Aktivist Bill Moyer entwickelt. Moyer fand bei der Untersuchung erfolgreicher sozialer Bewegungen heraus, dass diese typischerweise in acht aufeinander folgenden Phasen verlaufen, die sie alle – mit langem Atem, mit Hochs und Tiefs, Erfolgen und Gefühlen von Scheitern – durchlaufen müssen.

In diesem Webinar betrachten wir mit dem Movement Action Plan zwei soziale Bewegungen in Deutschland: Die »ältere«

Anti-Atom-Bewegung und die »jüngere« Anti-Braunkohle-Bewegung. Dazu haben wir zwei Gäste eingeladen, die über ihre Erfahrungen mit der Anwendung des MAP für die Konzeption von Aktionen, Kampagnen und Strukturen berichten.

Anmeldung erforderlich:
go.stop.act@mtmedia.org
Rosa-Luxemburg-Stiftung
18:30-20:30 Uhr, online

17. Februar Mittwoch

Sofortige Freilassung der politischen Langzeitgefangenen in den USA

Mahnwache: Wir fordern die Freilassung von Leonard Peltier, Mumia Abu-Jamal und Ana Belén Montes. Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba / Frankfurt
18-19 Uhr, vor dem US-Generalkonsulat, Gießener Str. 30

***online* Briefe aus der Hölle**

Die Aufzeichnungen des jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz. Vortrag und Lesung von Prof. Dr. habil. Pavel Polian (Zeithistoriker, Kulturgeograph, Literaturwissenschaftler und Dichter).

Als 2017 das Zeugnis Marcel Nadjaris an die Nachwelt entziffert werden konnte, war dies eine Sensation: Die letzte der »Aufzeichnungen aus der Hölle«, der geheimen Botschaften der jüdischen Häftlinge des Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau, war wieder lesbar gemacht. Dieser Band versammelt erstmals alle neun Zeugnisse von Mitgliedern des Sonderkommandos in deutscher Übersetzung und bettet sie in den Entstehungszusammenhang ein. Es sind die zentralen Dokumente des Mordes an den Juden, an dem mitzuhelfen die Sonderkommandos gezwungen waren – und Schriftstücke zutiefst bewegender Humanität.

Fritz Bauer Institut
18:15 Uhr, Live auf Zoom (Anmeldung) und YouTube

18. Februar Donnerstag

***online* Frankfurt und sein koloniales Erbe**

Mehr als Denkmäler und Straßennamen? Podiumsdiskussion mit:

Dr. Jan Gerchow, Direktor Historisches Museum Frankfurt

Dr. Aïsha Othman, Leiterin Digitale Sammlung Deutscher Kolonialismus, Universitätsbibliothek Frankfurt am Main

Dr. Eva Raabe, Leiterin Weltkulturen Museum

Moderation: Dr. Armin v. Ungern-Sternberg, Amtsleiter AmKA
„Racism is a Pandemic“: Dieser Satz fasst zwei große Themen des Jahres 2020 zusammen. So sahen sich Städte weltweit nicht nur mit Corona konfrontiert, sondern auch mit verdrängten Facetten ihrer kolonialen Vergangenheit. Straßennamen und Denkmäler wurden hinterfragt, sogar Statuen spektakulär gestürzt.

Was tun städtische Kulturinstitutionen, um koloniale Vergangenheit zu reflektieren? Wie steht es prinzipiell um das koloniale Erbe Frankfurts? Was ist bekannt, was müssten wir wissen und welche Konsequenzen wären zu ziehen?
AmKA/stadtRAUMfrankfurt
18:30-21 Uhr, online

***online* Wir sind hier. Gesellschaft und Rassismus**

WIR SIND HIER. Festival für kulturelle Diversität (18.-20.2.).
NSU, NSU 2.0, die Extreme rechter Gewalt und Bedrohung, stehen für einen verbreiteten und gerne übersehenen Hass gegen alle vermeintlich Fremden. Aber welche Institutionen und Gesetze schützen jene, die ihren Frust, ihre Wut oder ihr Unverständnis über den latenten Rassismus und die Gleichgültigkeit der Mehrheit äußern? Warum verschwinden antisemitische und rassistische Anschläge so schnell wieder aus der öffentlichen Wahrnehmung? Mit welchen kulturellen Möglichkeiten lassen sich diese gesellschaftlichen Veränderungen begleiten? Das Gespräch moderiert die Kabarettistin, SchauspielerIn und Influencerin Idil Baydar, die selbst Opfer des NSU 2.0 geworden ist. Es diskutieren und lesen die Journalistin, Autorin und Aktivistin Ferda Ataman („Ich bin von hieSr. Hörst auf zu fragen!“), der Journalist, Autor und Speaker Mohamed Amjahid („Unter Weißen“), die Anwältin der Nebenklage im NSU-Prozess Seda Başay-Yıldız und die Politologin und Newsaktivistin Sham Jaff („What happened last week?“).
Streaming-Tickets (5 €) kaufen: <https://literaturhaus-frankfurt.reservix.de/events>
19:30 Uhr, live aus dem Literaturhaus Frankfurt

19. Februar Freitag

Demo Frankfurt: 1 Jahr nach Hanau

siehe Seite 1

17 Uhr, Friedensbrücke